

Wachstum und Arbeitsplätze

Aufgabe

Bei dem folgenden Text handelt es sich um einen Auszug aus dem Artikel „Wir könnten auch anders“ von Wolfgang Uchatius aus *Die Zeit* Nr. 22 vom 20.05.2009. Euer Abschnitt behandelt vor allem den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen.

1. Lest euch zunächst den Text durch!
2. Klärt in der Gruppe eure Verständnisfragen an den Text!
3. Eure Aufgabe ist es, den anderen anschließend die wesentlichen Inhalte eures Textes vorzustellen. Bearbeitet dazu bitte die folgenden Fragen und schreibt eure wichtigsten Aspekte stichwortartig und gut lesbar auf Moderationskarten:
 - › Welcher Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Arbeitsplätzen wird im Text dargestellt?
 - › Weshalb hat Erwerbsarbeit einen so großen Stellenwert in unserer Gesellschaft?
 - › Welche Alternativen werden zum Modell „Arbeitsplätze durch Wirtschaftswachstum“ dargestellt?
 - › Was sind eure Überlegungen: Brauchen wir in Deutschland weiterhin Wirtschaftswachstum, um Arbeitsplätze zu schaffen?

Wir könnten auch anders

Warum brauchen wir Wirtschaftswachstum? Weil sonst Firmen sterben. Weil dann Menschen arbeitslos werden, arm und unglücklich. Ist das unausweichlich? Eine Alternative muss her
Von Wolfgang Uchatius aus Die Zeit Nr. 22 vom 20. Mai 2009

[...]

Ein Mensch benötigt zum Leben etwa 2500 Kilokalorien, ein paar Liter Wasser und etwas Sauerstoff. Er benötigt das jeden Tag, in jedem Jahr. Er braucht nicht morgen mehr als heute und übermorgen noch mehr. Warum muss das anders sein, wenn es um Unternehmen und Konzerne geht? Warum muss Opel immer mehr Autos verkaufen? Warum brauchen wir immer mehr Besitz, mehr Gewinn? Warum brauchen wir unbedingt Wirtschaftswachstum?

[...]

Martin Meyer braucht kein Wirtschaftswachstum. Es sei denn, er arbeitet bei Opel.

Damit ist man bei der zweiten Antwort auf die Frage, warum wir Wachstum brauchen: Ohne Wachstum keine Arbeitsplätze.

In fast jedem ökonomischen Lehrbuch findet man zu Beginn ein paar grundsätzliche Sätze zum Daseinszweck der freien Marktwirtschaft. Dort steht dann, erste Aufgabe des Marktes sei es, die Knappheit zu überwinden, das heißt die Menschen mit Konsumgütern zu versorgen. Gemeint sind Kühlschränke, Handys, Autos. All die Dinge, die in Deutschland, Frankreich oder Italien längst nicht mehr knapp sind. Woran es diesen Ländern fehlt, ist etwas anderes: Arbeit.

Wann immer in den großen Industrienationen ein Regierungschef oder sein Herausforderer im Wahlkampf auftritt, stets gibt er ein Versprechen ab: „Ich werde dafür sorgen, dass neue Jobs entstehen.“ Zur Bundestagswahl schrieb die SPD auf ihre Wahlplakate: „Es gibt viele schöne Plätze, die schönsten sind Arbeitsplätze.“ Hochmütige Behauptungen sind das. Politiker schaffen keine Arbeitsplätze. Opel schafft Arbeitsplätze. Aber nur wenn die Wirtschaft wächst, braucht sie mehr Leute. Und wenn Opel weniger Autos verkauft, verliert Martin Meyer seinen Job.

Aber wäre das wirklich so schlimm?

Es ist in diesen Tagen viel von dem vor 60 Jahren verstorbenen britischen Ökonomen John Maynard Keynes die Rede, mit dessen alten Theorien sich die neue Krise gut erklären lässt. Keynes' Gedanken gingen aber weit über die Frage, wie Rezessionen entstehen und wie man sie beenden kann, hinaus. Er war zum Beispiel der Überzeugung, dass eine hoch entwickelte Wirtschaft kein Wachstum mehr braucht. Keynes hielt dies für einen sehr erfreulichen Zustand. Die Schufterei wäre zu Ende, trotzdem müsste niemand hungern. Die Fabriken würden sich leeren. Manche Menschen würden gar nicht mehr arbeiten, andere nur noch ein paar Stunden.

In der gewonnenen Zeit könnte Martin Meyer zum Beispiel die Fußballmannschaft seines Sohnes Max trainieren. Er könnte das Vereinsheim reparieren, er könnte einer Arbeit nachgehen, die ihm mehr Freude macht als der Job bei Opel, für die er früher aber keine Zeit hatte. Eigentlich nicht die Art von Leben, vor dem Martin Meyer Angst haben müsste. Furchterregend wird es erst dadurch, dass in Deutschland ein seltsames Verhältnis zur Lohnarbeit herrscht. Einerseits gibt es immer weniger davon – das Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahrzehnte reichte zwar aus, das Klima zu verändern, genügend Arbeitsplätze aber ließ es nicht entstehen.

Andererseits waren noch nie so viele Menschen darauf aus, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Was auch damit zu tun hat, dass seit den Hartz-Reformen der deutsche Sozialstaat nach der alten Vorgabe aus dem Brief des Apostels Paulus an die Thessaloniker organisiert ist: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.“ Jedenfalls nicht so viel. Wenn Martin Meyer seinen Arbeitsplatz bei Opel verlöre, würde er früher oder später unter Hartz IV fallen. Das würde seine Lebenszufriedenheit dann doch erheblich einschränken.

Es gibt einen Begriff, den Soziologen wählen, wenn sie die Bundesrepublik Deutschland mit einem einzigen Wort charakterisieren wollen: Arbeitsgesellschaft. Sie meinen damit ein Land, in dem die Leute ihre Berufe in Todesanzeigen und auf Grabsteine schreiben und, sollten sie einander zu Lebzeiten kennenlernen, spätestens nach dem fünften Satz fragen: „Und was machen Sie beruflich?“

In einem solchen Land gilt der Besitz eines Arbeitsplatzes als Maßstab für ein erfolgreiches Leben. Wobei es wichtig ist, dass es eine richtige, eine bezahlte Arbeit ist. Nicht Fußballtrainer einer Kindermannschaft. Oder Pfleger eines erkrankten Angehörigen. Oder gar Hausmann. Sondern zum Beispiel Fließbandarbeiter bei Opel.

Martin Meyer und alle anderen, die bei Opel am Band arbeiten, würden deshalb wahrscheinlich darum beten, dass es den Ingenieuren der Entwicklungsabteilung gelingt, einen Fensterheber zu erfinden, der nicht nur auf Sprachsignale reagiert, sondern auch noch auf die Innenraumtemperatur oder auf unangenehmen Geruch. Und dass es die Marketingabteilung schafft, den Kunden diesen Unsinn auch noch anzudrehen. Hauptsache, Opel verkauft noch mehr Autos, Hauptsache, die Wirtschaft wächst. Hauptsache, er, Martin Meyer, hat weiterhin einen Job.

Der Durchschnitts-Meyer arbeitet längst nicht mehr, damit es im Land mehr Autos gibt, es gibt schon genug. Er baut Autos, damit er Arbeit hat. Einst war der Kapitalismus ein großer Wohlstandserzeuger, heute ist er, zumindest in den Industrieländern, eine große Arbeitsbeschaffungsmaßnahme.

Wollte man künftig ohne Wachstum auskommen, müsste man die Bedeutung der Lohnarbeit mindern. Man müsste darüber nachdenken, die Arbeitszeiten neu zu organisieren, sodass nicht mehr der eine Arbeiter vierzig Stunden in der Woche arbeitet und der andere null, sondern zum Beispiel jeder zwanzig Stunden. In Deutschland war dieser Gedanke vor zwanzig Jahren ziemlich populär, heute gilt er als wachstumshemmendes Gewerkschaftergeschwafel. Man könnte auch den Sozialstaat verändern und ein garantiertes Grundeinkommen für alle einführen. Martin Meyer bekäme vom Staat jeden Monat einen bestimmten Geldbetrag überwiesen, pauschal und bedingungslos. Eine Halbierung seiner Arbeitszeit würde dann ihren finanziellen Schrecken verlieren.

Meyer hätte auf einmal Spielraum für nützliche, aber unbezahlte Arbeit. Für die Pflege seines kranken Vaters, für die Fußballmannschaft seines Sohnes, für den Ölwechsel am Auto. Den hat er früher aus Zeitmangel in der Werkstatt machen lassen, jetzt würde er das selbst erledigen und dadurch Geld sparen. [...]

So ließe sich die Lohnarbeitsgesellschaft in eine Nutzerarbeitsgesellschaft verwandeln. Das Schwierige daran ist, dass die Einführung eines Grundeinkommens für alle ziemlich teuer käme. Und wenn die Wirtschaft nicht mehr wächst, kein neuer Wohlstand entsteht, kein neues Geld in die Staatskassen gelangt, dann hat eine Regierung nur eine Möglichkeit, das Grundeinkommen der Meyers zu finanzieren: Sie muss wohlhabenden Leuten Geld wegnehmen.

Das führt zu Spannungen. Kräftiges Wirtschaftswachstum dagegen macht Umverteilung unnötig und verhindert politischen Ärger – im Unterschied zu Umweltschutz, Menschenrechten oder Pressefreiheit. Das ist der Grund, weshalb steigende Unternehmensumsätze das einzige politische Ziel sind, auf das sich weltweit alle Regierungschefs verständigen können. Egal ob Demokraten oder Diktatoren, Sozialisten oder Liberale: Sie alle freuen sich, wenn die Unternehmen ihres Landes mehr produzieren.

Angenommen jedoch, eine Regierungschefin, vielleicht eine deutsche, ließe sich von den zu erwartenden Konflikten nicht schrecken. Angenommen, sie wäre imstande, eine Stimmung der innergesellschaftlichen Solidarität zu erzeugen, die nötig ist, um den Wohlstand im Land anders zu verteilen. Angenommen also, sie wäre entschlossen, es von nun an ohne Wachstum zu versuchen: Sie brauchte sich dann gar nicht groß den Kopf zu zerbrechen, wie das alles zu bewerkstelligen sei. Egal ob Arbeitszeitverkürzung oder Grundeinkommen, die theoretischen Konzepte liegen vor, man muss sie nur anwenden. Man braucht allerdings Mut.

Es geht, rein theoretisch, also auch ohne Wirtschaftswachstum. Die Meyers brauchen es nicht, und die Arbeitsgesellschaft ließe sich auch verändern. Es wäre die größte politische Anstrengung in der Geschichte der Bundesrepublik, aber es wäre möglich. Das Land könnte schon damit zurechtkommen, wenn Opel nicht von Jahr zu Jahr mehr Autos verkauft.

[...]